

# Desinformation, Zensur und Zivilgesellschaft

## Die digitale Transformation in Singapur und Taiwan

---

Sowohl die sozialwissenschaftliche Digitalisierungsforschung als auch die öffentliche Diskussion orientieren sich überwiegend an der Situation in den USA oder Westeuropa, wenn es um den digitalen Wandel geht. Gut zwei Monate hat Jeanette Hofmann in Singapur und Taiwan verbracht, um das Zusammenspiel von Digitalisierung, Öffentlichkeit und Politik in einer anderen Weltregion kennenzulernen. Ihre Leitfrage war: Lassen sich national eigenständige Perspektiven auf die digitale Transformation identifizieren?

*Jeanette Hofmann*

Erste Hinweise auf nationale Wege im digitalen Wandel zeigten sich in den Schilderungen meiner GesprächspartnerInnen über das digitale Leben in beiden Ländern. In Singapur enthielten fast alle Gespräche über Digitalisierung und Öffentlichkeit Hinweise auf die einzigartige Geschichte des Landes und seine bis heute bestehende Verletzlichkeit. Von außen sieht sich Singapur durch die großen islamisch geprägten Nachbarstaaten Malaysia und Indonesien bedroht. Die innenpolitische Bedrohung resultiert aus der ethnischen und religiösen Diversität einer chinesisch dominierten Gesellschaft, die in ihrer Gründungsphase teils gewalttätige Spannungen und offene Konflikte durchlebt hat. Der nationalen Erzählung gemäß verdankt Singapur seine heutige politische Stabilität und seine beeindruckenden wirtschaftlichen Erfolge einem Gesellschaftsvertrag zwischen Regierung und BürgerInnen, der eine umfassende staatliche Kontrolle vorsieht.

Als Gegenleistung für die politisch zugesicherte wirtschaftliche und soziale Sicherheit verzichten die SingapurInnen auf demokratische Freiheitsrechte. Dazu gehört vor allem das Recht auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit. Zwar versteht sich Singapur heute als internationales Medienzentrum mit einem weitgehend unbeschränkten Zugang zu Nachrichten und Informationsdiensten, aber der Raum des Sagbaren ist bis heute strikt begrenzt. Sogenannte „Out of Bounds Markers“ – eine Metapher aus dem Golfspiel – verbieten als unfair betrachtete oder den sozialen Frieden untergrabende Kritik an der Regierung und der Rechtsprechung wie auch die Thematisierung ethnischer und religiöser Probleme, die als politisch sensibel gelten. „OB Markers“ verändern sich im Zeitverlauf. Sie werden durch Richtlinien des Ministeriums für Kommunikation und Information festgelegt und durch eine eingeübte Praxis der Selbstregulierung bzw. Selbst-

zensur umgesetzt. Hinzu kommt eine Vielzahl von Gesetzen, die Grundrechte im Namen der öffentlichen Ordnung, der nationalen Sicherheit oder der religiösen Harmonie einschränken. Regelverstöße ahndet die Regierung mit drakonischen Geldstrafen, die nicht selten in den Bankrott und den sozialen Ausschluss führen.

Viele Menschen haben diese Restriktionen als Eigenheit der „asiatischen Kultur“ akzeptiert. Dazu gehört auch eine verbreitete Skepsis gegenüber öffentlichen Kontroversen als Form der demokratischen Willensbildung: „Öffentliche Diskussionen entsprechen einfach nicht unserer Kultur. Und wir sind irgendwie allergisch gegen Menschen, die unseren Frieden und unsere Stabilität stören“, erklärte mir eine Studentin. Und dennoch ist die digitale Trans-

## „Selbst regierungstreue Medien lassen heute gelegentlich kritische Stimmen gegenüber der Regierungspolitik zu Wort kommen“

formation nicht spurlos an der politischen Kultur des Landes vorübergegangen. Es sind alternative Medien und eine Vielzahl von Diskussionsforen entstanden, die zivilgesellschaftliche Experimentierräume für grenzwertige Themen und Thematisierungsweisen bilden. Ihr Einfluss zeigt sich in einer allmählichen Verschiebung der traditionellen politischen Toleranzgrenzen. In einem Youtube-Kanal findet sich etwa eine Diskussion über „chinesische Privilegien“ und ethnische Diskriminierungen in Singapur, die noch vor wenigen Jahren unter das Verdikt der „OB Markers“ gefallen wäre. Die neuen Freiräume machen sich auch in der Berichterstattung der regierungstreuen Medien bemerkbar, die heute gelegentlich kritische Stimmen gegenüber der Regierungspolitik zu Wort kommen lassen.

In den Massenmedien und im Parlament ist inzwischen öfter von Unzufriedenheit mit der Politik oder gar von einem öffentlichen Aufschrei die Rede. Das wirft die Frage auf, wie politische Empörung unter den Bedingungen einer staatlich kontrollierten Öffentlichkeit Sicht-



**Jeanette Hofmann** ist Leiterin der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung und Principal Investigator der Forschungsgruppe „Technik, Macht und Herrschaft“ am Weizenbaum-Institut für die vernetzte Gesellschaft. Als Professorin für Internetpolitik lehrt sie an der Freien Universität Berlin. [jeanette.hofmann@wzb.eu](mailto:jeanette.hofmann@wzb.eu)

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

barkeit erlangen kann. Als eine Art von Ersatz für den öffentlichen Diskurs erhebt die Regierung systematisch Meinungs- und Verhaltensdaten. Dafür zuständig ist „Reaching Everyone for Active Citizenry @Home“, kurz REACH, eine Abteilung des Kommunikations- und Informationsministeriums. Zunächst als staatliche „Feedback Unit“ konzipiert, die kontinuierlich Meinungsforschung betreibt, gibt es inzwischen verschiedene Dialogformate, die darauf zielen, den BürgerInnen ein Gefühl der aktiven und relevanten Beteiligung zu vermitteln.

Während KritikerInnen von staatlich gelenkter Partizipation sprechen, schätzen die BürgerInnen die Konsultationsangebote offenbar sehr, was sich nicht zuletzt an den Wartelisten für die einzelnen Beteiligungsformate zeigt. Über Umfragen und Konsultationen hinaus ist die Regierung auf verschiedenen Plattformen im Internet aktiv, wo sie kommuniziert, interveniert und beobachtet. Letzteres gilt insbesondere bei politisch umstrittenen Maßnahmen wie dem 2019 verabschiedeten Gesetz zum Schutz vor Online-Unwahrheiten und Manipulation (POFMA), dessen schwankende Akzeptanz mithilfe von „sentiment analysis“ (Verfahren zur Stimmungserkennung) studiert wird.

Auffällig ist, dass die Befindlichkeiten der BürgerInnen zwar beständig gemessen, aber die Ergebnisse nur selten kommuniziert werden, weshalb die singapurische Gesellschaft

nur wenig über ihre eigene Entwicklung und Meinungsbildung weiß. Verbreitet ist die Einschätzung, dass die junge Generation unter dem Eindruck der digitalen Medien gegenwärtig einen unumkehrbaren Prozess der kulturel-

## „Die singapurische Gesellschaft weiß nur wenig über ihre eigene Entwicklung und Meinungsbildung“

len Liberalisierung durchläuft. Dies umfasst auch eine Aufweichung konfuzianischer Werte und Traditionen, die eine wichtige Rolle im patriarchalischen Staatsverständnis der Regierungspartei spielen.

Gleichwohl sollte diese Entwicklung nicht als Vorbote einer Demokratisierung missverstanden werden. Der Glaube an die nationale Verletzlichkeit als Rechtfertigung für das autokratische Regime im Rahmen des Gesellschaftsvertrags ist nach wie vor verbreitet und das Vertrauen in die Regierung sehr hoch. Die Mehrheit der Menschen bewertet das Handeln

## „Demokratien, so finden viele, schneiden nicht unbedingt besser ab, im Gegenteil“

der Regierung anhand seiner Leistungs- und Problemlösungsfähigkeit. Demokratien, so finden viele, schneiden hier nicht unbedingt besser ab, im Gegenteil.

In ihrem Verhältnis zu demokratischen Ideen unterscheiden sich die singapurische und die taiwanische Gesellschaft grundlegend. Auch in Taiwan lässt sich eine spezifische nationale Perspektive auf die digitale Transformation erkennen. Seinem Selbstverständnis nach hat sich das Land seit dem Ende der Herrschaft von Chiang Kai-shek in den späten 1980er-Jahren zu einer Modelldemokratie Asiens entwickelt. Ein wichtiger Schritt dazu war die vollständige Liberalisierung des Mediensystems, die allerdings erhebliche Folgen für die Herausbildung einer digitalen Öffentlichkeit hat.

Das zunehmende Spannungsverhältnis zwischen China und Taiwan findet seine innenpolitische Entsprechung in einer klaren Polarisierung zwischen den beiden größten Parteien: Die Kuomintang (KMT) repräsentiert chinafreundliche Positionen, die Democratic Progressive Party (DPP) steht dagegen für die Eigenständigkeit Taiwans. Im politischen Alltag werden nahezu alle öffentlichen Kontroversen als Parteinahme für oder gegen ein unabhängiges Taiwan gelesen. Im Unterschied zu Singapur steht daher in Taiwan weniger die nationale Verletzlichkeit im Vordergrund, die Herausforderung besteht vielmehr in der Anerkennung nationaler Autonomie nach außen wie auch nach innen. In Bezug auf die digitale Öffentlichkeit zeigt sich die Autonomieproblematik in einer national entgrenzten Medienlandschaft ohne effektiven Rechtsrahmen.

Taiwan gilt heute als eines der Länder mit dem größten Aufkommen an Desinformation weltweit. Besonders während der alle zwei Jahre stattfindenden Wahlkämpfe nimmt die Häufigkeit strategisch gestreuter Informationen mit manipulativem Potenzial zu. Simplifizierende

## „Ein beträchtlicher Anteil an Desinformationen stammt tatsächlich aus Taiwan selbst“

Narrative und fragwürdige Kausalitäten zielen auf die Diffamierung einzelner PolitikerInnen, der Regierung oder ihrer Politiken. Es liegt nahe, China und die dort angesiedelten Content-Farmen für die Zirkulation von Falschinformationen verantwortlich zu machen, aber ein beträchtlicher Anteil an Desinformationen stammt tatsächlich aus Taiwan selbst. Ihre Verbreitung ist eine gängige Praxis in der politischen Auseinandersetzung geworden, der sich viele politische und gesellschaftliche Kräfte bis hin zu religiösen Gruppen bedienen.

Oft tauchen Falschmeldungen zunächst in den sozialen Medien oder in Messenger-Diensten auf, um dann von Massenmedien aufgegriffen und der breiteren Öffentlichkeit zugänglich gemacht zu werden. Die zentrale Rolle von Zeitungen und Fernsehkanälen in der Verbreitung von Desinformation ist ein viel diskutiertes Thema in Taiwan. Sie verweist auf eine insge-

samt desolaten, häufig als dysfunktional beschriebene Medienlandschaft, die durch eine hoch konzentrierte Eigentümerstruktur und polarisierende Berichterstattung geprägt ist und zudem mit erheblichen Qualitätsschwächen zu kämpfen hat. Es dominieren Infotainment und Sensationsjournalismus.

Seit die digitalen Plattformen einen Großteil der Werbeeinnahmen abschöpfen, fehlt der taiwanesischen Medienwirtschaft ein tragfähiges Geschäftsmodell. Vielfach sind es Studierende ohne journalistische Qualifikationen, die für die Produktion von Nachrichten verantwortlich sind. Ein Teil der Zeitungen und Fernsehsender

### „Vielfach sind Studierende ohne journalistische Qualifikationen für die Produktion von Nachrichten verantwortlich“

gehören Unternehmen wie dem Lebensmittelkonzern Want Want, der große Absatzmärkte in China hat und die Berichterstattung auch aus wirtschaftlichen Erwägungen auf eine durchweg chinafreundliche Linie ausrichtet.

Die bisherigen Versuche der Regierung, einen zeitgemäßen medienpolitischen Regulierungsrahmen zu schaffen, der auch Plattformen mit einbezieht, sehen sich mit vielen Widerständen konfrontiert. Wie Singapur auch versteht sich Taiwan als Importeur von Regulierungsmaßnahmen, die etwa in Brüssel ausgehandelt werden. Taiwan sei allerdings zu klein und politisch zu schwach, um eine wirksame Kontrolle über seine nationale Öffentlichkeit ausüben zu können, erklärte ein Experte. Der taiwanesischen Informationsraum sei grenzüberschreitend; nur ein Viertel der Betreiber von Kommunikationsdiensten komme aus Taiwan selbst, die übrigen Anbieter stammen aus China, Korea, Japan und den USA. Anders als die Betreiber von Fernsehkanälen können sich die digitalen Anbieter der nationalen Gesetzgebung entziehen.

Hinzukommt eine mobilisierungsfähige Zivilgesellschaft, die auf mögliche staatliche Einschränkungen der Meinungsfreiheit auch vor dem Hintergrund der eigenen Geschichte sehr sensibel reagiert. Befürchtet wird, dass die Ab-

### „Als konsensfähige Minimallösung hat sich das überwiegend zivilgesellschaftlich verantwortete Fact-Checking durchgesetzt“

sicht der Regierung, Fake News zu kennzeichnen oder gar zu verbieten, und die Praxis, den Verzicht auf journalistisches Fact-Checking mit Geldstrafen oder Lizenzentzug zu belegen, zu Machtmissbrauch einladen und die junge taiwanische Demokratie beschädigen könnten. Als konsensfähige Minimallösung hat sich das überwiegend zivilgesellschaftlich verantwortete Fact-Checking durchgesetzt. Inzwischen betreiben mehrere Nichtregierungsorganisationen professionelle Nachrichtenüberprüfung und bieten Weiterbildungskurse in Medienkompetenz an – finanziert ausgerechnet von jenen Unternehmen, deren Kommunikationsdienste nachweislich für die Verbreitung von Desinformation verantwortlich sind.

Obwohl Singapur und Taiwan diametral entgegengesetzte Regierungsformen aufweisen und den digitalen Wandel recht unterschiedlich wahrnehmen, zeigt sich im Umgang mit Desinformation doch eine unerwartete Nähe. Beide Regierungen haben ähnliche Maßnahmen zur Bekämpfung von Desinformation entwickelt. Der Unterschied besteht darin, dass die taiwanische Zivilgesellschaft erfolgreich dagegen opponiert. Die Menschen in Singapur scheinen die staatlichen Zensurmaßnahmen hinzunehmen, aber sie organisieren erfolgreiche Crowdfunding-Maßnahmen, damit die Opfer der Zensur ihre Geldbußen bezahlen können. ●